

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**BDM e.V.**  
**Gutenbergstr. 7-9**  
**85354 Freising**

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2017

### Sicherheitsnetz

---

**1. Die politischen Entscheidungsträger in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen sollten sich umgehend für die Installierung eines wirkungsvollen und damit präventiv und frühzeitig anzuwendenden Sicherheitsnetzes für die EU Agrarmärkte und insbesondere den Milchmarkt einsetzen. Dazu bedarf es Marktkriseninstrumenten, mit denen während Marktkrisenphasen die EU-Milchlieferung zeitlich befristet eingeschränkt und damit an die Nachfrage angepasst werden kann. Wie steht ihre Partei dazu?**

Für DIE LINKE sind die Milchmarktkrisen, die wir seit dem Ende der EU-Milchquote 2015 erlebt haben, Indiz für die grundsätzliche Fehlausrichtung der EU-Politik und falsche Strukturen in der Wertschöpfungskette. Die strategische Orientierung auf globale, angeblich unersättliche Absatzmärkte außerhalb der EU bedeutet, sich zwangsläufig der Volatilität von Dumpingpreisen auf dem Weltagrarmarkt auszuliefern. Die Erzeugerbetriebe stehen zudem immer dominanteren Molkerei- und Handelskonzernen gegenüber, deren Erpressungspotenzial noch steigt, wenn die produzierte Milchmenge über der Nachfrage liegt. Wer diese beiden Systemfehler nicht behebt, nimmt auch zukünftig Preiskrisen billigend in Kauf. DIE LINKE will verhindern, dass der Preiskampf auf dem Rücken der landwirtschaftlichen Betriebe ausgetragen wird und das Produktionsrisiko allein von ihnen getragen werden muss. Wir fordern faire Vertragsbedingungen und eine permanente EU-weite nachfrageorientierte Milchmengenregulierung, nicht nur für die Phase einer Preiskrise. Der Ökomilchmarkt zeigt, dass sich mit regionaleren Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien, höherer Wertschöpfung und einer nachfrageorientierten Mengensteuerung kostendeckende Erzeugerpreise realisieren lassen. Hierfür muss der Gesetzgeber den ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, in dem die milchviehhaltenden Betrieben auf Augenhöhe mit Molkereien und Handel agieren und notwendige Investitionen vor allem für bessere Arbeits- und Haltungsbedingungen in langfristige biologische Produktionsabläufe verlässlich integrieren können. Da DIE LINKE grundsätzlich die Liberalisierung der Agrarmärkte gerade angesichts der langfristigen, naturabhängigen Produktionszyklen in der Landwirtschaft kritisch sieht, begrüßen wir Ihr Konzept für ein Maßnahmenmix zur Abfederung zukünftiger Milchpreiskrisen, das auch eine EU-Milchmengenregulierung einschließt. Viele Aspekte stehen bereits im Antrag „Milchmarkt stabilisieren – Milchkrise beenden“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE (Bundestagsdrucksache 18/6206), den wir angesichts der sich zuspitzenden Milchpreiskrise gemeinsam mit den Grünen in den Bundestag eingebracht haben. Auch wir fordern mehr Markttransparenz, um Frühwarnungen an die Branche in konkrete Maßnahmen zur frühzeitigen Milchmengenreduktion umzusetzen und gegebenenfalls später zeitlich befristete Interventionsmaßnahmen mit staatlicher Förderung durchzuführen.

### Marktposition der Milchviehhalter

---

**2. Die Marktposition der Milchviehhalter gegenüber Handel und Molkereien ist zu stärken. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht etwa ein deutliches Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, insbesondere im genossenschaftlichen Bereich. Besonders die Andienungspflicht der Milchviehhalter gegenüber den Molkereien sowie lange Kündigungsfristen wurden vom Bundeskartellamt kritisiert. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?**

DIE LINKE steht prinzipiell zu genossenschaftlichen Vermarktungsmodellen. Jedoch müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass Versuche von Milcherzeugerinnen und -erzeugern zum Teil gescheitert sind, ihren Einfluss in der Geschäftsführung der Molkereien geltend zu machen.

Für DIE LINKE sind die bestehenden Lieferbedingungen Ausdruck eines extremen Machtungleichgewichts auf dem Milchmarkt, wo viele milchviehhaltende Betriebe wenigen, immer größeren Molkereien gegenüber stehen und den Erzeugerinnen und Erzeugern bei Auszahlungspreisen unter der Kostendeckung keine Alternative bleibt. Wir unterstützen deshalb die Empfehlungen aus dem Sachstandspapier des Bundeskartellamts. Zugleich warnt DIE LINKE davor zu glauben, dass allein mehr Wettbewerb zwischen den Molkereien zu einer nachhaltigen Verbesserung für die landwirtschaftlichen Betriebe führt. Hierzu bedarf es einer grundsätzlichen Umsteuerung auf dem EU-Milchmarkt, wozu auch eine Milchmengenregulierung gehört (siehe Frage 1).

### Finanzperiode 2020

---

**3. Auch über die Finanzperiode 2020 hinaus ist das Finanzvolumen für die Landwirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der immensen Leistung der Milchviehhaltung für die Vitalität der ländlichen Räume, in Gänze zu erhalten.**

**Unterstützt Ihre Partei dieses Ansinnen?**

**Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?**

**Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?**

DIE LINKE will die GAP nach 2020 konsequenter nach dem Prinzip „öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen“ ausgestalten und Politik für die ländlichen Räume stärker mit der Agrarpolitik verzahnen. Die nachhaltige, vor Ort verankerte Landwirtschaft soll neben ihrer regionalen Versorgungsfunktion mit gesunden Lebensmitteln und erneuerbaren Energien auch bei ihrer sozialen Stabilisierungsfunktion in den ländlichen Räumen unterstützt werden. Daneben sind Tier-, Natur- und Gewässerschutz wichtige Ziele der Agrarförderung. Nachhaltigkeitsindikatoren sollten die Effekte für den Erhalt der Artenvielfalt, auch auf intensiv genutztem Ackerland, und den Gewässerschutz besser nachprüfbar machen. Der Ökolandbau sollte weiter ausgebaut werden. Neben einer stärkeren Ökologisierung der Produktion, ob durch einen Ausbau der Greening-Komponente oder andere Maßnahmen, wollen wir die Direktzahlungen auch an soziale Kriterien binden, z. B. an faire bezahlte Arbeitsplätze. Dies würde den Beschäftigten, den Dörfern und dem Tierwohl gleichermaßen zu Gute kommen. Eine gute Versorgung in den ländlichen Räumen, die Erhöhung der dortigen Lebensqualität und die regionale Wertschöpfung muss bei der Förderung stärker berücksichtigt werden. DIE LINKE setzt sich für die langfristige Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen und für den flächendeckenden Breitbandausbau ein, um gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengerechtigkeit zu fördern. DIE LINKE fordert außerdem höhere Investitionen in die angewandte und grundlegende Agrarforschung.

Zur Frage 30% des Direktzahlungsvolumens/Förderung:

DIE LINKE bekennt sich zu unserer in Deutschland historisch gewachsenen, sehr vielfältigen Agrarstruktur. Gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben wollen wir mit der Agrarförderung in der Land- und Ernährungswirtschaft mehr soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz voranbringen. Die EU-Förderpolitik wollen wir als einen Hebel neben anderen nutzen, um konkrete Maßnahmen flächendeckend und verbindlich umzusetzen. Dabei sollte nicht allein die bewirtschaftete Fläche eines Betriebes über dessen Anspruch auf öffentliche Leistung entscheiden, sondern nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ ein ganzes Bündel sozialer und ökologischer Maßnahmen eine regionale Lebensmittelproduktion unterstützen. Dazu gehört auch die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen und fair bezahlter Arbeitsplätze in vor Ort verankerten Betrieben. Deshalb ist uns vor allem wichtig, landwirtschaftsfremde Investoren sowohl vom Bodeneigentum als auch von der Agrarförderung auszuschließen. Wir sehen sie als größte Bedrohung für die regionalen Landwirtschaftsbetriebe, ihr Beitrag zum Gemeinwohl und für lebendige ländliche Räume mit hoher Lebensqualität ist oft sehr begrenzt.

Zur Frage 15% des Direktzahlungsvolumens/zweite Säule:

Ziel der Agrarförderung soll aus Sicht der LINKEN generell die Unterstützung arbeitsintensiver, besonders sozialverträglich ausgestalteter oder ökologisch besonders wirksamer Anbau- oder Tierhaltungsmethoden sein. Ob angesichts der bestehenden Länderprogramme und des fehlenden parlamentarischen Einflusses auf ihre Ausgestaltung mit der Umschichtung diesen Zielen der Förderpolitik wirksamer Rechnung getragen wird, ist offen. Neben den gewollten und von uns unterstützten Effekten sehen wir das Risiko, dass ausgerechnet die Betriebe nicht von den Programmen der Zweiten Säule profitieren können, die angesichts der aktuellen Agrarpreiskrisen und explodierender Bodenpreise existenziell auf die Direktzahlungen angewiesen sind, während sich die Betriebe an den Gunststandorten an den freiwilligen Programmen der Zweiten Säule nicht beteiligen, was dem von uns angestrebten flächendeckenden Effekt einer nachhaltigen Agrarförderung entgegenwirkt.

## **Naturschutz-, Wasserschutz- und Tierschutzaufgaben**

---

**4.** Zusätzliche Naturschutz-, Wasserschutz- und Tierschutzaufgaben sowie eine Zunahme von bürokratischen Anforderungen (Beispiel: Beratungspflicht im Rahmen der JGS-Anlagen-Verordnung) machen es den Landwirten zunehmend schwerer, kostendeckend zu wirtschaften. Die nordrhein-westfälische Landwirtschaftspolitik muss die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Bauern leichter auf eine ökologisch nachhaltigere Produktion umstellen können. Die Landwirtschaftskammer muss ihre Förderprogramme so gestalten, dass diese möglichst unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.

**Inwiefern plant ihre Partei, die Landwirte bei der Umstellung auf eine ökologisch nachhaltigere Produktion zu unterstützen?**

DIE LINKE will den Ökolandbau weiter ausbauen und hat dafür wiederholt in den jährlichen Beratungen zum Bundeshaushalt eine Aufstockung der vorgesehenen Mittel für das Bundesprogramm Ökolandbau gefordert. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für eine flächendeckende Ökologisierung der Produktion ein, indem die ökologischen Kriterien innerhalb der ersten Säule ausgebaut werden sollen. Der Abbau bürokratischer Hürden wird in beiden Säulen der EU-Förderpolitik angestrebt, bspw. plant die EU-Kommission noch in dieser Förderperiode einen Delegierten Rechtsakt mit zahlreichen Vereinfachungen beim Greening zu verabschieden. Da aber die Verwaltungskosten bei den länderspezifischen Förderprogrammen noch deutlich über den Direktzahlungen liegen, ist hier ein Bürokratieabbau noch dringlicher.

## **Kennzeichnungsrecht**

---

### **5. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?**

DIE LINKE fordert, wie auch das EU-Parlament, eine verpflichtende, wahre und klare Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln, insbesondere bei Milch, Milchprodukten, Eiern und verarbeitetem Fleisch. Das ist eine notwendige Information, damit sich Verbraucherinnen und Verbraucher verlässlich für Produkte aus regionaler Erzeugung und Vermarktung entscheiden können.

Eine konsequente Herkunftsangabe aller Zutaten trägt auch dazu bei, Verbrauchertäuschungen zu verhindern, Verstöße gegen Lebensmittelvorschriften aufzudecken und Lebensmittelskandale zu verhindern. Im Vergleich zum Nutzen sind die zusätzlichen Kosten von etwa zwei Prozent minimal und zu vernachlässigen. 90 Prozent der Verbraucher halten solche Angaben für wichtig.

## **Düngeverordnung**

---

### **6. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?**

Die neue Düngeverordnung ist lange überfällig und das nicht nur wegen der eingereichten Klage gegen Deutschland vor dem EuGH wegen Nichteinhaltung der EU-Nitrat-Richtlinie, sondern auch wegen der zu hohen Nitratwerte in Gewässern und Grundwasser in unserem Land, wenn auch mit regionalen Unterschieden. Besonders betroffen sind die tierintensiven Gebiete in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass die Regelungen ausreichen, um den Anforderungen der EU-Gesetzgebung, auch langfristig zu genügen. Die Düngeverordnung wird vielen Betrieben noch einiges abverlangen, denn es geht dabei um das Spannungsfeld zwischen dem Schutz des öffentlichen Guts Wasser und der Naturressource Boden vor zu hohen Nährstoffeinträgen auf der einen Seite und der Ertragssicherung als Grundlage der Lebensmittelversorgung, die Düngung erfordert, auf der anderen Seite. Dabei geht es auch um landwirtschaftliche Einkommen – also ist es auch eine soziale Frage. Die Landwirtschaftsbetriebe brauchen langfristige Planungssicherheit. Deshalb wäre es zu wenig, wenn die Verordnung nicht mehr als ein guter Schritt in die richtige Richtung ist, aber es ist nicht sicher, ob die beschlossenen Vorgaben der Anforderungen der EU erfüllen. Vor der Landwirtschaft steht die schwere aber notwendige Aufgabe, die Sicherung der Ernteerträge mit dem Schutz der Gewässer und des Grundwassers eng zu verknüpfen. Die Rechtsverordnung zur Stoffstrombilanz muss genau dieses absichern.